

Motion

betreffend

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Gewährung kantonaler Darlehen

von KR Kurt Balmer und KR Michael Felber

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage für eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten, welche die Gewährung kantonaler Darlehen ab einer Million Franken an Dritte generell-abstrakt regelt. Die Regelung kann als eigenständiges Gesetz oder als Erweiterung des Finanzhaushaltsgesetzes bzw. des Wirtschaftspflegegesetzes (BGS 915.1) ausgestaltet werden.

Ausgangslage: Gemäss § 35 Abs. 2 Bst. d FHG (BGS 611.1) entscheidet der Regierungsrat über Darlehen bis zu einer Million Franken; darüber ist gestützt auf § 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung ein referendumsfähiger Kantonsratsbeschluss erforderlich. Eine generell-abstrakte gesetzliche Grundlage für die Gewährung kantonaler Darlehen fehlt bislang. Der Regierungsrat hielt bereits 2010 fest, dass der Weg über Einzelfallbeschlüsse die Ausnahme bleiben müsse. Die Praxis sieht anders aus: Allein in der laufenden Legislatur wurden das Darlehen an die EVZ Sport AG (max. 35 Mio.), an die ZVB AG (max. 91,5 Mio.) sowie ein zweites Darlehen an die ISZL (max. 15 Mio.) so abgewickelt. Das Instrument ist faktisch zum Regelfall geworden. Zukünftig soll die Vergabe von einem politischen Akt zu einem Verwaltungsakt werden: rechtsanwendend statt rechtsetzend.

Problematik: In seiner Beantwortung der Interpellation Schumpf/Grond (Vorlage Nr. 3978.2, 25. November 2025) hat der Regierungsrat erstmals seine Vergabekriterien dargelegt: gesetzliche Grundlage, öffentliches Interesse, Risikominimierung, Subsidiarität sowie fünf Teilkriterien des öffentlichen Interesses. Die Fixierung dieser Kriterien als verbindliche Leitlinien lehnt er jedoch ab. Das ist aus vier Gründen problematisch: 1) Es betrifft rechtsstaatliche Grundsätze. Der Zugang zu einem Darlehen hängt massgeblich davon ab, ob eine Organisation den Regierungsrat «überzeugen» kann (Vorlage Nr. 3978.2, Ziff. 3.5). Dieses subjektive Kriterium ist mit dem Legalitätsprinzip (Art. 5 Abs. 1 BV), dem Gleichbehandlungsgebot (Art. 8 BV) und dem Willkürverbot (Art. 9 BV) kaum vereinbar. 2) Es fehlt die Vorhersehbarkeit: Gesuchsteller können nicht anhand objektiver Kriterien prüfen, ob ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg hat. 3) Es entsteht faktisch ein Präjudiz, obwohl Staatswirtschaftskommission und Regierungsrat dies stets verneint haben. Das ISZL-Darlehen von 2011 wurde 2025 ausdrücklich als Begründung für das Folgedarlehen herangezogen. 4) Die Häufung der Geschäfte belegt, dass es sich nicht mehr um Ausnahmefälle handelt. Die wiederkehrende Nutzung verlangt nach einer materiell-rechtlichen Grundlage — das ist die klassische Funktion des formellen Gesetzes.

Als Modellregelung sei beispielsweise auf das Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen (SuG, SR 616.1) mit seinen Kernelementen hingewiesen: Klar definierter Zweck, überwiegendes öffentliches Interesse, Subsidiaritätsprinzip, Bonitätsprüfung, marktnahe Verzinsung, angemessene Sicherheiten, Berichtspflichten und Rechtsschutz.

Die gesetzliche Grundlage kann beispielsweise folgendes beinhalten: *Zweck und Geltungsbereich / Materielle Voraussetzungen:* nach den Kriterien aus Vorlage Nr. 3978.2, Ziff. 3.6 — jedoch ohne das Element «Überzeugung des Regierungsrats» / *Bonitäts- und Risikoprüfung:* Sicherheiten (insb. Grundpfandrechte), marktnahe Verzinsung, Klumpenrisikobegrenzung; gesetzliche Verankerung des Beizugs der Zuger Kantonalbank / *Verfahren und Zuständigkeiten:* Antragstellung, Vorprüfung durch die Finanzdirektion, Beschlussfassung, Höchstbeträge, allenfalls Gesamtrahmenkredit / *Berichts- und Kontrollpflichten:* dokumentierte Subsidiaritätsprüfung, regelmässige Berichterstattung, Meldepflichten der Empfänger / *Gleichbehandlung und Rechtsschutz* bei Ablehnung / *Übergangsbestimmungen* für bestehende Darlehen.

Risch / Zug, den 9. Juni 2026